

Danziger Zeitung.

No 18151.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Grimmzettel

für die Candidaten der Liberalen, Herren Rickert (Stadt Danzig) und Drawe (Landkreis Danzig) sind zu haben im Wahlbüro Hundegasse 83 und in der Expedition der „Danziger Zeitung“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 19. Februar. (W. T.) Dem „Petit Journal“ zufolge findet heute eine Unterredung des deutschen Botschafters Grafen Münster mit dem Minister des Äußeren Spuller über die Kaisererlaß und die Berliner Konferenz statt. Spuller werde jedoch eine bestimmte Antwort noch nicht geben. Über gewisse Punkte, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, sei die französische Regierung schon sehr entschlossen keine Abmachungen einzugehen. Das „Journal des Débats“ soll den Absichten des Kaisers Anerkennung und erklärt, die Republik müsse den Grundgedanken der Konferenz zu stimmen, sich jedoch die endgültige Antwort vorbehalten, bis man die näheren Umstände der Konferenz vollständig kennt.

Etienne, 19. Februar. (W. T.) Eine gestern in der Arbeitsbörse abgehaltene Versammlung der Grubenarbeiter beschloß für die Gruben der hiesigen Kohlengesellschaft einen allgemeinen Ausstand und beauftragte Delegierte, diesen Beschluss den Grubenarbeitern der anderen Gesellschaften des Kohlengebietes mitzuteilen. Man befürchtet die Ausdehnung des Ausstandes auf alle Werke des Kohlenreviers.

London, 19. Febr. (Privatelegramm.) Im Tees-Flusse ist der Rotterdamer Dampfer „Brenio“ mit dem englischen Dampfer „Lord Queen“ zusammenstoßen. Letzterer ist gesunken; von 18 Passagieren sind nur zwei gerettet.

Belgrad, 19. Febr. (Privatelegramm.) Die in Serbien angesiedelten Montenegriner klagen über schlechte Behandlung seitens der serbischen Beamten. Die Ansiedler wollen daher in diesem Frühjahr Serbien verlassen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Februar.

Die bevorstehende Entscheidung.

Morgen werden zehn Millionen Wähler die Entscheidung treffen über den Gang, welchen die innere Politik in Deutschland in den nächsten 5 Jahren nehmen soll. Diese Entscheidung ist eine folgenschwere und verantwortungsvolle. Die Wähler haben ihr Recht selbst in der Hand. Mögen sie noch in letzter Stunde ernstlich mit sich zu Rathe gehen.

Die Regierung kann einen Reichstag, der ihr nicht gefällt, jeden Tag auflösen und von neuem an das Volk appelliren, aber die Wähler müssen den einmal gewählten Reichstag, auch wenn er den auf ihn gezeichneten Erwartungen gar nicht entspricht, volle fünf Jahre behalten und ertragen.

Unrechte Gegner geben sich, als ob das Vaterland in Gefahr käme, wenn das Cartell nicht wiederum die Majorität erhält. War denn vor 1887 das Vaterland in Gefahr? War es nicht ebenso angefeindet im Rathe der Völker, wenn

der Reichstag auch nicht so willig war in Rückwärtsrevidirungen und Steuerbewilligungen?

Die Cartellparteien haben in den letzten Tagen wiedlich „agitirt“ und die Gegner verkehrt. Aber, was worauf es allein ankommt, haben sie wohlweislich verschwiegen.

An ihren Früchten soll man sie erkennen!

Vor der Wahl von 1887 das Centralcomité der national-liberalen Partei öffentlich und feierlich erklärt, „es handle sich nicht um Aenderung der Reichsverfassung“ bei den Wahlen, und trotz dieser feierlichen Erklärung hat die Partei entgegen ihrer früheren politischen Überzeugung in Gemeinschaft mit den Conservativen aus freiem Antriebe eine der wichtigsten Bestimmungen der Verfassung zum Nachteil des Volkes und seiner Rechte geändert.

Und angesichts dieser Thatsache soll man den Wählern zumuthen, Vertrauen für die Zukunft zu haben?

Schon dieses Verhalten ist geeignet, um zur äußersten Vorsicht zu mahnen. Aber es ist mehr gekommen: Die Cartellparteien haben ebenfalls unmittelbar nach den Wahlen weit über 150 Millionen neuer Steuern für immer bewilligt, ohne daß das Bedürfnis dazu nachgewiesen war. Sie haben mit der Brannweinsteuern und ihrer „Liebesgabe“ von 20 Mk. pro Hektoliter contingentären Spiritus an die 3000 Brennerbetriebe eine Steuer bewilligt, welche mit einer liberalen Steuerpolitik in schreiendem Widerspruch steht.

Diese Thatsachen allein genügen.

Wer die Fortsetzung einer solchen inneren Politik für verhängnisvoll hält, wer an der Überzeugung festhält, daß das mächtige deutsche Kaiserreich zumal in den heutigen Tagen eine freiheitliche Entwicklung, eine gerechte Steuer- und Wirtschaftspolitik nicht entbehren kann, der kann die Fortdauer der Cartellmajorität nimmermehr wollen, der wird sich den Männern zuwenden, welche zugleich für die Größe des Vaterlandes und für die Freiheit und das Recht seiner Bürger eintreten.

Die Entrüstung der Cartellparteien über das angebliche Bündnis der Sozialdemokraten mit den Freiern kann einen geradezu erheiternden Eindruck. Sowohl die Freiern wie die sozialdemokratischen Führer haben diese Behauptung auf das bestimmtste für vollständig unwahr erklärt, die Thatsachen sprechen alle Tage dafür, daß keine Partei von den Sozialdemokraten so heftig angegriffen wird, wie die Freiern — und doch, man bleibt bei dem Märchen.

Wie aber steht es denn mit der Vergangenheit der Cartellparteien in Bezug auf diese Frage? Glauben denn die Herren, daß die Wähler ein so kurzes Gedächtniß haben? Es ist schon heute früh daran erinnert, daß die Sozialdemokraten in einer Reihe von Städten ihre Wählerfolge den Cartellparteien verdanken. Als neuerdings in der Stadt Hannover das Cartell in Trümmer ging, erklärte der Redner der Conservativen in öffentlicher Versammlung, daß die Nationalliberalen über die Wahlnahme der Conservativen nicht zu klagen berechtigt wären, da „sie — die Nationalliberalen — durch offenes Eintritt für den Sozialdemokraten“ 1884 den Sieg derselben herbeigeführt hätten. Auch die „König. Ztg.“ hat dies zugestanden, ebenso daß dasselbe in Frankfurt a. M. geschehen sei. Im Reichstag hat ohne Widerspruch der Abg. Barth constatirt, daß Conservative und Nationalliberalen seine Wiederwahl in Gotha durch Eintritt für den Sozialdemokratischen Kandidaten

verhindert hätten. Ost genug ist festgestellt, daß dasselbe in Magdeburg und Dresden geschehen ist.

Im Oktober 1886 empfahl die Berliner „Nord. Allg. Ztg.“ ausdrücklich „Neutralität“ bei einer Sichwahl zwischen Freiern und Sozialdemokraten. Was das bedeutet, weiß jedes Kind.

Müssen die Herren noch mehr Beispiele? Wir können damit aufwarten. Am 30. Oktober 1884 — und seitdem ist doch in dieser Beziehung nichts anders geworden — schrieb die äußerst gemäßigten-liberalen „König. Ztg.“:

„Wir stehen nicht an, daß wir 20 Sozialdemokraten im Reichstag in gewissen Sinne für ein geringeres Uebel halten, wenn überhaupt als ein Uebel, als fünf!“

Sie sprach von „der richtigen Erkenntnis der einsichtigeren Sozialdemokratien“, deren bessere Freiheit im Parlament „nicht auf den Fortschrittsbänken sitzen, sondern weiter nach rechts“.

Noch vor einiger Zeit hat die Berliner „Germany“ den Herren vom Cartell ihre Haltung in Meiss und Mühlbach etc. ins Gedächtniß zurückgerufen, als u. a. die „König. Ztg.“ damals schrieb, „es hätte sie nicht mit der geringsten Befürchtung erfüllt, wenn der sozialdemokratische Kandidat v. Döllmar über den Centrumscandidaten Rache gesiegt hätte“.

Woher nun bei den Cartellherren eine solche Entrüstung angesichts einer solchen Vergangenheit?

Die „nationale Wirtschaftspolitik“ und die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Von dem Verfasser der Zuschrift „Agrarische Sophismen“ in Nr. 18144, einem angesehenen Großgrundbesitzer der Provinz, geht uns ferner folgender Artikel zu:

Im Jahre 1878 wurde das in Folge der Aktionen von der Regierung eingeführte Socialistengesetz abgelehnt und der Reichstag aufgelöst. Der neue Reichstag, auf das Socialistengesetz hin gewählt, nahm dieses in kurzer Verhandlung an, gleich darauf aber auch den neuen Zolltarif, nachdem 204 Abgeordnete sich über die Größe der Vortheile, die jedem zu gewöhnen, versöhnt hatten. Ich bekomme so viel Zoll, dann bekommst du so viel, schäfft es hierhin und dorthin, der Eigentum macht auf „geheimer Weise“ die besten Geschäfte, und die Größe des deutschen Volkes, behölt durch das Schlagwort der „nationalen Wirtschaftspolitik“, behölt durch sozialistische Beweisführungen, daß das Ausland den Zoll zahl, daß der Segen des Schutzes auch den anderen Berufsklassen zu Gute käme, hat das Recht auf Rente gebüdig anerkannt. Seitdem ist jener Zolltarif vornehmlich im Sinne der Agrarier „verbessert“ worden und die Brodkräfte tragen einen Verhöhrungszoll von 5 Mark pro Doppelcentner, ca. 30 Proc. des heutigen Wertes.

Im Jahre 1887 wurde der Reichstag aufgelöst, als dasselbe in der zweiten Lestung der Septennatsvorlage nicht in allen Stücken zustimmt; man wartete nicht einmal die dritte Lestung ab. Der neue Reichstag und seine Cartellmajorität nahm das Septennat an, zugleich aber auch die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre und das neue Spiritussteuergesetz mit einer Begünstigung der bestehenden Brennereien im Betrage von ca. 40 Millionen Mark auf Kosten der Steuerzahler. So hat die Gesetzgebung der letzten 11 Jahre neben einer Verkürzung der Volksrechte die Steuerlast unverhältnismäßig auf die Schultern der ärmeren Klassen gewälzt und die leidenden außer für Staatszwecke auch noch zu Gunsten bevorzugter Erwerbsklassen besteuert. So fragt sich heute, ob der Widerstand gegen die Politik der Interessengruppen, des rücksichtslosen Eigennutzens im Volke stark genug geworden ist, um diese Bewegung zurückzu-

drängen, eine Bewegung, die dem Reichsbewußtsein die schwersten Wunden schlägt, in seinen Consequenzen das Eigentum in Frage stellt und das öffentliche Leben durch geradezu culturfeindliche Bestrebungen vergiftet.

Die Frage der Schutz- oder vielmehr der Verhöhrungszölle ist zunächst von dem Standpunkt des natürlichen Rechts zu beurtheilen. Hat die Gesetzgebung die Aufgabe, das Eigentum demjenigen, dem es rechtlich gehört, zu gewährleisten, dasselbe gegen Angriffe zu verteidigen, oder hat das Gesetz auch die Aufgabe, das Eigentum zu vertheilen, dem einen zu nehmen, um dem Andern zu geben, abzuwegen, welcher Stand Vortheile auf Kosten anderer zu erhalten hat, welche Erwerbsklassen den anderen tributpflichtig zu machen sind? Im letzteren Falle schüttet das Gesetz nicht mehr das Eigentum, sondern es verneint das Prinzip desselben: daß jedermann dassjenige rechtlich gehört, in dessen Besitz er ehlich und rechtlich gelangt ist. Das Eigentum ist dann nicht mehr das heilige Eigentum, das angeborene Recht eines Jeden an seinen Fähigkeiten und an dem, was er hervorbringt, sondern das Eigentum besteht dann nur noch kraft des Gesetzes, in so weit der Gesetzgeber einen Anteil daran zugesteht. Und da der Gesetzgeber im Laufe der Zeit wechselt und seine Anschauungen wechseln, so ergiebt sich, wie das Eigentum aus einer Frage des Rechts zu einer Frage der Macht wird.

Wenn hier nach die „nationale Wirtschaftspolitik“ vom Standpunkte des natürlichen Rechts zu verurtheilen ist, so ist die zweite Frage, ob die Wirkung derselben, trotzdem die Gerechtigkeit eine Einbuße erleidet, doch eine für das Allgemeinwohl wohlwollende und nützliche ist. Denn da für jede gesetzgeberische Maßregel das Allgemeinwohl am letzten Ende allein maßgebend sein muß, so müßte man das Unrecht in den Ausnahmen, um die Wohlfahrt zu fördern. Glücklicherweise ist der Beweis leicht zu erbringen, daß die natürlichen Gesetze, denen das sociale Leben so gut unterworfen ist, wie die organische und anorganische Welt, einen so trauringen Mischklang nicht aufweisen.

Nicht das Ausland, sondern der deutsche Steuerzahler muß das Recht auf höhere Rente dem Grundbesitzer sichern; dies lehrt ein Blick in die Handelsberichte über Getreide und Spiritus; und das agrarische Sophisma, daß der Segen des Schutzzolls auch den übrigen Erwerbsklassen durch vermehrte Ausgaben des Grundbesitzers zu Gute kommt, wird widerlegt durch das einfache Beispiel, wie in einem früheren Aufsatz „Agrarische Sophismen“ ausgeführt ist.

Die gewöhnlichen Schuhzölle führen zu künftlichen gesteigerten Unternehmungen, aus Schuhzöllen werden Exportprämien, und diese treiben die Industrien weiter in ungesehene Zustände, wie die Lage der Zuckerrindustrie es drastisch genug erweist. Anderen Industrien werden die Lebensmittel der Arbeiter, Rohmaterialien und Halbfabrikate verhöht und die Konkurrenz derselben auf dem Weltmarkt erschwert. In vielen Branchen bietet der staatliche Schutz die Grundlage, Cartelle zu schließen und dem deutschen Verbraucher den Verlust, den man im Auslande zu buchen hat, zur Last zu schreiben. So sehen wir unter der Regel der „nationalen Wirtschaftspolitik“ eine vollkommene Verschiebung der natürlichen Verhältnisse. Hierbei mögen viele ihren guten Vortheil finden, die Allgemeinheit gewiß nicht. . . Nicht das Unrecht, sondern die Gerechtigkeit deckt sich mit dem Allgemeinwohl.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist die Frage des Tages, keineswegs auch die Parole der bevorstehenden Wahlen. Zwei Anschauungen stehen sich dabei diametral gegenüber. Auf einer Seite die freisinnige Partei, die die Sozialdemokratie

leute, immer etwas Neues zu erzählen. Mit dem Verfall seiner, ritterlicher Sitte vergroßerten sich auch jene Minnesänger zu plumpen Schmetzern und Totenreitern.

Bei den französischen Königen war der Dienst des Hofsarrnen ein wirkliches Hofamt, und die Mehrzahl derselben bestand aus klugen, witzigen Köpfen, die keck und frei herausagten, was sich weder der Hofsprecher noch die furchtblichen Räthe erlauben durften. Ihre Stellung war jedoch eine sehr schwierige, denn schon ein altes deutsches Sprichwort sagt: „Mit großen Herren ist nicht gut sitzen essen!“

Wenn es ein Hofsarrn zu toll trieb, so konnte ihm passieren, daß er auf einen Stiel getrieben, der am Schwanz bezaumt war, mit einer Krone von Stroh geschmückt und hart gestäupt wurde. Verstand es jedoch ein lustiger Rath, klug Rath zu halten, gelang es ihm durch gesondertiges Wesen, verbunden mit schlagfertigem Witz und allem fröhlichem Humor, sich dauernd die Gunst seinesfürstlichen Herrn zu erringen, dann war sein Einfluss fast unbegrenzt.

So klagte der Toulouser Gorgoni, der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts lebte, in einem Werke, das die Eitten jener Zeit schilderte: „In unseren Zeiten ist das Possenreichen wiederum so hoch gestiegen, daß man die Schalksnarren an Herren Höfen und Tafeln mehr findet; haben auch einen freieren Zutritt und mehr Gunst derselben als ansehnliche und ehrliche Leute.“

Ein philosophischer Narr hat einst das Geheimnis, „seinen Rücken vor Schlägen zu behüten“, ausgeplaudert; er schrieb: „Was ich aber bislang als Geheimnis meiner Familie bewahren sollte, ist dieses, daß ich in allen meinen Ausbildungen den Anstand einer Dummkopf behalte. Dieser Anstand der Einfalt, was die Franzosen mit „naiv“ bezeichnen, schafft alle meine Gemüte und rettet meinen Rücken. Ein Mann, der das

Unglück hat, Verstand zu bestehen und solchen sein Auszubringen, wird allemal wohlkunst fürstlicher Thorheiten zu schenken; — wer sich aber einfältig gebedet und keine Bosheit blicken läßt, kann große und kleine Fehler aufdecken, ohne zu verbittern.“ — Dieses Behenninck des Diplomaten in der Schellenkappe verdient noch sehr beherzigt zu werden.

Der württembergische Kanzler Gregorius Lamprichter, später Kaiser Karl V. Rath, sagte: „Ein jeder Fürst muß zweien Narren haben, einen, den er regiert, den anderen, der ihn regiert.“

Je größer die Kunst war, deren sich ein „lustiger Rath“ erfreute, desto heftiger wurde er von seinen Hofsarrnen angefeindet, die sein Witz mit Spott gejippten. So gelang es einst am französischen Hofe, daß ein als Raufbold gefürchteter Edelmann dem Hofsarrnen des Königs Franz I., Triboulet, allen Ernstes nach dem Leben trachtete. Der geängstigte Narr suchte Schutz beim König, welcher ihn mit den Worten tröstete, „er möge ganz unbesorgt sein, denn falls es ihm an den Hals ginge, würde er den Uebelthäter folglich an den Galgen henken lassen“; da bat der Narr klöglich: „Gnädigster Herr, lasst den Schuft lieber eine Viertelstunde früher, ehe denn er mich umbringt, henken.“

Einer der wichtigsten Narren im Mittelalter war Gonella, der am Hofe des Herzogs von Ferrara sein Wesen trieb. Wie rot und mitleidlos die Späße jener Zeit waren, beweist nachstehender Fall: Einst ging Gonella in die Messa; unter den Bettlern, welche die Kirchenküche belagerten, verbanden sich auch drei blonde Krüppel. Gonella sagte zu dem einen von ihnen: „Hier schenke ich Euch einen Gulden (bei damaligem Salzwert eine reiche Gabe), heißt Euch Gnädiglich darstellen und macht Euch einen guten Tag.“ In Wirklichkeit gab er keinem etwas. Nachdem sich der

Aus der Narrenwelt. (Nachr. verboten.)

Plauderei von Bernhard Ohrenberg.

II.

Schon in den ältesten Zeiten herrschte an Fürstensößen der Brauch, die Freuden der Tafel vorließ nehmend, man warf ihnen Anoden zu, wie den Hunden; außerdem dienten sie als Zielscheibe der größten Späße und wurden oft durch Peitschenhiebe und Stockschläge mishandelt, wenn der Gottsieber und seine übermüthigen Gäste voll

süßen Weines waren.

Auch das Wort „scurra“ bezeichnetet, in ähnlichem Sinne wie Parasit, einen schmarrenden Pessner, der sich an den Tischen der Verschwendermästete; das noch jetzt gebräuchliche „scurril“ (lächerlich) stammt aus jener Zeit.

Der berühmte Feldherr Scylla hatte niets einen ganzen Schwarm solcher Narren, Tafelspieler und Gaukler beiderlei Geschlechts um sich und schenkte manchen Bevorzugten wette Länderschrecken.

Marcus Antonius spielte sogar selbst die Rolle eines Scurra, und dem Kaiser Caligula war am wohlsten in der Gesellschaft des schmeichelnden, frechen Gesindels.

Bei den römischen Damen war es Elite, sich als Spielzeug ihrer Launen missgestaltete und halbblödmünte Iwige, Mortones genannt, zu kaufen, mit denen sie die abgeräumten Pessner trieben; es gab sogar einen besonderen Markt für diese anglücklichen Geschöpfe.

Orientalische, griechische und römische Fürstinnen hatten unter ihren Sklavinnen auch Hofsärrinnen, zu deren Kamtern es z. B. gehörte, mit ihrem Rücken als Fußschemel zu dienen, wenn die Herrin zu Pferde oder in den Wagen stieg; dieselben wurden „Zetteln“ genannt.

In Frankreich entstand die Kunst der Schalksnarren allmählich aus den Traubadurs, jenen fahrenden Sängern, die auf den Schlössern der Mächtigen des Reichs willkommene Gäste waren; denn sie priesen in improvisirten Lobgesängen die Heldenakte der Ritter und die Holdigkeit der Frauen und wußten den leidlichen, als vielgereiste

mit geistigen Waffen bekämpfen will; sie will die Widerständigkeit, die Unmöglichkeit der sozialdemokratischen Uppen in öffentlicher Diskussion widerlegen. Sie will den Beweis erbringen, daß die heutige Gesellschaftsordnung, die sich seit Jahrtausenden organisch entwickelt hat, auf der Grundlage des gleichen Rechts vor dem Gesetz und der gleichen Gerechtigkeit weiter auszubilden, nicht aber umzuändern ist. Zugleich aber verlangt diese Partei, daß die Monopole und Privilegien, die die "nationale Wirtschaftspolitik" bevorzugten Erwerbsklassen gewährt, beseitigt werden. Denn so lange diese bestehen, wird die Sozialdemokratie mit Recht auf diese gesetzliche Vertheilung des Eigentums zu Gunsten der Reicher hin, während sie selber doch auch nur eine Vertheilung des Eigentums, aber zu Gunsten der Armeren erstrebt.

Der freisinnigen Partei gegenüber — der viele gern zustimmen, wenngleich sie aus mancherlei Gründen den Anschluß an diese Partei unterlassen — fordern die Agrarier, die geschäftigen Industriellen, die Staatssozialisten, mit einem Worte die Sozial-Aristokratie, deren Zielen die "nationale Wirtschaftspolitik" sich dienstbar gemacht, auf der einen Seite Aufrechterhaltung ihrer Privilegien, die Sicherung und Steigerung ihrer Rente. Auf der anderen Seite fordern sie, daß der Staat mit seiner Macht, mit polizeimäßigen die Sozialdemokratie — mit der sie doch den Socialismus gemeinsam haben — niederschlägt. Ist eine friedliche Lösung des sozialen Streites eine Widerlegung der sozialdemokratischen Idee, eine Gefundung dieses traurigen Irrthums, dem sich eine große Masse unseres Volkes mehr und mehr hingibt, auf diesem Wege denkbar? Im Gegenteil. Aus der "nationalen Wirtschaftspolitik" einerseits, aus der Unterdrückung andererseits, schöpft die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte, ihre besten Beweismittel. Niemals ist eine geistige Bewegung anders, als mit geistigen Mitteln überwunden. Die unrichtigen und unrechten Forderungen der Sozialdemokratie können nur durch den Hinweis auf Recht und Gerechtigkeit widerlegt werden, nicht aber durch das Bestreben, Conteressen auf Kosten des Allgemeinwohls zu fördern.

S. B.

Miquels Ablehnung.

Die Ablehnung der durch die Ernennung des Herrn v. Bennigsen vacante gewordenen Stelle des Oberpräsidenten der Rheinprovinz seitens des Herrn Dr. Miquel ist, wie unser Berliner Correspondent hört, nach eingehender Berücksichtigung mit dem zu diesem Zweck in Berlin anwesenden Oberpräsidenten v. Bennigsen erfolgt. Während von der einen Seite die Ablehnung damit motivirt wird, daß hr. Dr. Miquel nicht in der Lage zu sein glaube, gerade in diesem Augenblick die Stellung des Oberbürgermeisters von Frankf. a. M. mit Rücksicht auf die Ausführung mehrerer größerer kommunaler Unternehmungen zu verlassen, schließt die "Nat.-Asg." partei-politische Erwägungen, die wohl in der Beratung mit Herrn v. Bennigsen eine Rolle gespielt haben, in den Vordergrund; es wäre doppelt bedauerlich gewesen, wenn Herr Miquel in Folge der Ernennung zum Oberpräsidenten ebenso wie Herr v. Bennigsen der außerparlamentarischen politischen Thätigkeit entzogen würde. Als Herr v. Bennigsen zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt wurde, hat von diesem Bedauern nichts verlaufen.

Die Arbeit des Staatsraths.

In Ergänzung der neulichen Nachricht, betreffend die vorläufige Beibehaltung der vorbereitenden Arbeiten des Staatsraths, können die "Pol. Nachr." melden, daß diese Beibehaltung auf den direcien Befehl des Kaisers zurückzuführen ist. Die Bernehmung von Interessenten von Seiten der mit der Beratung der Arbeiterfrage betrauten Abtheilungen des Staatsraths wird sich nicht, wie von anderer Seite irrtümlich gemeldet wurde, auf Industrie-arbeiter beschränken, sondern auch auf Handwerkmeister und Handwerksgefäßen sowie auf Sachverständige erstrecken, die sich besonders mit der Arbeiterfrage beschäftigt haben.

Hierzu wird uns von heute des weiteren noch telegraphiert:

Berlin, 19. Febr. (Privatelegramm.) Außer mit Miquel und Hinkpeter hat der Kaiser in den letzten Tagen auch noch mit anderen Mitgliedern des Staatsraths Besprechungen gehabt. Die dem Staatsrath unterbreiteten Fragen sind unter direkter Theilnahme des Kaisers aufgestellt. Ein ständiges Bureau des Staatsraths wird nicht eingerichtet.

Gehem, von den wärmsten Gegenswünschen begleitet, einige Schritte entfernt hatte, sollte der Empfänger den Gulden wechseln, aber alle drei schworen hoch und heuer, nichts erhalten zu haben. Da nun jeder den einen von den anderen für den Spisbuben hielt, gerieten sie in solche Wuth, daß sie sich gegenseitig mit ihren Rücken prügeln, zum höchsten Erbogen des Hosnarren und der frommen Hirtenjäger.

Derselbe Schalk hatte sich einst über die Jugendhaftigkeit der Hosnare sehr boshaft geäußert. Als dies der Herzogin zu Ohren kam, ordnete sie an, daß sich Hosnare im geheimen mit einer derben Kuh oder Peitsche bewaffne, und befahl dann Gonella zur Audienz. Der schlaue Narr erkannte sofort die kitzliche Situation, stellte sich flugs sehr reumüthig und erklärte, die Strafe gebüldig erleiden zu wollen, wenn ihm die Vergünstigung zu Hell werde, daß diejenige Ebedame den ersten Schlag thue, die ihn den Tag zuvor mit Zärtlichkeit überhäuft habe. In Folge dieser neuen Rechthit war der weibliche Gerichtshof so verblüfft und starr vor Schreck, daß der Lebendhöher ungeprüft entstehen konnte. (Dieselbe Anekdote wird auch von Johann de Meune, Marrot u. a. erzählt).

Einen hübschen Beweis witzigen Freimurths gab einst der englische Hosnarr Pace (auch der bitter Narr genannt), der wegen seiner derben Rücksichtlosigkeit bei der Königin Elisabeth in Ungnade gefallen war; als ihm später erlaubt wurde, wieder zum ersten Male bei Hofe zu erscheinen, fragte ihn die Königin: „Nun, Pace, was bringst du Neues? — Gott ist meine Fehler von dir zu hören bekommen? — „Gewiß nicht!“ erwiderte der Narr, „über Dinge, von denen ganz London spricht, pflege ich niemals zu reden.“ Vermuthlich war es derselbe Narr, von dem nachstehender Scherz erzählt wird: Er schuldet der Königin 500 Pf. und als diese endlich auf Bezahlung drängte, ersann Pace folgende List. An einem

Bericht der Ansiedelungs-Commission.

Im Abgeordnetenhaus ist gestern die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes in Westpreußen und Polen im Jahre 1889 zur Vertheilung gelangt. In der Einleitung wird besagt, daß infolge der schlechten Ernte das Jahr in landwirthschaftlicher Beziehung sehr ungünstig verlaufen sei. Gleichwohl sei das Beleidlungsgeschäft in der bisherigen Weise fortgeschritten. Das beweise, daß die sozialpolitische Aufgabe der Commission dem Bedürfniss nach Vermehrung der kleinstädtischen Betriebsformen begegne, daß die Grundlagen für die Thätigkeit der Commission sich bekräftigen und in den befreilichten Kreisen Vertrauen finden. Im Jahre 1889 sind 8 größere Güter und 4 selbständige Bauernwirtschaften, sämtlich von polnischen Besitzern, angekauft worden, so daß sich der Gesamtverkauf auf 49 225 Hectar mit dem Kaufpreise von 25 175 591 Mk. beläuft. Von den seit dem Beginn der Thätigkeit der Commission zum Verkauf gestellten 754 Gütern mit einer Gesamtfläche von 14 616 Hectar und einem Gesamtwert von 8 828 485 Mk. sind am Schluß 1889 ungedeckt geblieben 228 Güter mit 4642 Hectar im Werthe von 2 547 405 Mk. Als Rentengüter sind gegeben 622, als Pächterstellen 132.

Ein deutsches Giftpflicht.

Schon am Schluß des Jahres 1888 war von der zuständigen Reichsbehörde an die verbündeten Regierungen die Anfrage ergangen, ob es nicht angezeigt erscheine, nachdem die kaiserliche Verordnung vom 4. Januar 1875, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, einer Revision unterworfen worden, ein einheitliches, für das ganze deutsche Reich gültiges Giftpflicht zu erlassen. Dem Vernehmen nach sind inzwischen diese Arbeiten weiter gefördert worden und die eingegangenen Vorschläge unterlegen gegenwärtig einer eingehenden Beratung bei den betreffenden Reichsbehörden. Die Erörterungen sind bereits so weit vorgeschritten, daß die Aufführung eines Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Gütern in nicht allzuferner Zeit zu erwarten sein dürfte.

Zum Tode des Grafen Androssi.

Der Ministerpräsident Graf Tisza hat noch gestern in einer Audienz dem Kaiser Bericht über das Ableben des Grafen Androssi erstattet. Der Kaiser nahm mit tiefer Theilnahme die Kunde von dem Verluste dieser so hervorragenden Güte des Thrones und des Vaterlandes entgegen. Die Familie Androssi hat bisher keinerlei Versöhnung über die Leichenseiter getroffen.

Die Leiche des Grafen Androssi traf gestern in Pest ein und wurde in das Palais der Akademie der Wissenschaften übergeführt. Die Einsegnung der Leiche erfolgt voraussichtlich am Freitag Vormittag, worauf dieselbe mittels Separatuges nach Terebes gebracht wird. Die Kaiserin rückte an die Witwe des Verstorbenen eine Bekleidungspflicht mit dem Ausdruck des aufrichtigsten Schmerzes.

Die Königin von England in Paris.

Die Königin Victoria von England wird, versichert der Berichterstatter des "Liverpool Cour.", auf ihrer bevorstehenden Reise nach Alz-les-Bains einige Tage in Paris verweilen. M. Waddington hat dieser Tage schon mit Lord Salisbury Rücksprache genommen, so daß eine Begegnung zwischen der Königin Victoria und dem Präsidenten der Republik arrangiert worden ist. Bisher hat die Königin nach dem Starte des Kaiserreichs auf ihren Reisen auf dem Continent stets die französische Hauptstadt gemieden.

Gladstone und die achtfündige Arbeitszeit.

Der alte Führer der englischen Liberalen, Gladstone, empfing, wie aus London telegraphiert wird, gestern eine Deputation der Bergarbeiter, welche dessen Ansichten über die achtfündige Arbeitszeit erbot. Gladstone wies auf die Schwierigkeit hin, diejenigen Leute zur Niedersetzung der Arbeit zu zwingen, welche gewillt seien, dieselbe fortzuhalten; er behalte sich hierin seine Entscheidung und Freiheit der Behandlung dieser Frage vor.

Der Papst und die Kaiser-Glocke.

Die "Pol. Corr." meldet: Unser mit den vaticanischen Kreisen in Fühlung stehende Correspondent schreibt uns aus Rom, 15. Februar:

Die Erlasse des deutschen Kaisers wurden in vaticanischen Kreisen mit lebhafter Genugthuung aufgenommen. Die Initiative des jungen Souveräns erfährt in denselben vollkommene Billigung. Man weiß, daß Papst Leo XIII. zu wiederholtem Male auf die Notwendig-

Tage, wo er bestimmt wußte, daß die Königin an seiner Wohnung vorüberkam, ließ er sich genau zu dieser Zeit von seinen Freunden im Gange hinabtragen. Elisabeth fragte Theilnehmend, wer begraben würde, und als sie erfuhr, daß es ihr Hosnarr sei, rief sie aus: „Ei, der Schalk schuldet mir ja noch 500 Pfund, nun, sie mögen ihm in Gnaden geschenkt sein.“ Da richtete sich der Narr im Gange auf und dankte vergnügt für diese königliche Huld.

Von dem bereits erwähnten Triboulet wird erzählt, daß er sich ein Narrenregister angelegt habe, in das er alle nährlichen Streiche, die sich ereigneten, gewissenhaft mit Bezeichnung der Namen eintrug. Als nun einst Kaiser Karl V., der politische Gegner des Königs Franz, auf einer Reise von Spanien nach den Niederlanden seinen Weg durch Frankreich nahm, wurde er von Triboulet der Chre gewürdigt, in sein Register aufgenommen zu werden. Auf die Frage des Königs nach dem Grunde, entgegnete er: „Nur nicht Karl ein Hosnarr sein, daß er mittler durch seines Feindes Land reist?“ Der König fragte dagegen: „Wie aber, wenn er dennoch sicher durchkommt?“ — „In diesem Falle, Eire“, sagte Triboulet, „streiche ich seinen Namen aus und setze den Ihrigen hinein.“ (Schluß f.)

[Cinographie.] Anknüpfend an den vor Kurzem in dieser Zeitung abgedruckten Artikel über "Cinographie" wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein nach dieser Methode gefertigtes Delbild zur Zeit in dem Schaufenster des Herrn Liebau (Langgasse Nr. 44) zur Ansicht aussteht. Kunstreunde, welche sich über diese neue, das Porträt immer frappant ähnlich wiedergebende Malerei, die überdies das lästige Modellbild erspart und als Delbild denselben Werth, wie ein Bild nach dem Leben hat, näher untersuchen wollen, erfahren Genaueres in dem Maler - Atelier des J. v. Parpart (Wielergasse Nr. 3). Bbm.

heit hingewiesen hat, die sich in gewissen Fällen für die Maschinen ergebißt, durch ihr Eingreifen die Moralität der Arbeiter zu schaden, oder ihre Ausbeutung zu verhindern. Len XIII. sieht es — wie er dies auch bei mancher Gelegenheit sowohl in privaten Unterhaltungen als auch in öffentlichen Kundgebungen erklärt hat — in unseren Tagen als eine der hauptsächlichsten Pflichten der Katholiken an, ihre Bemühungen der Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen zu wenden. In Folge dessen hat auch der Vorschlag, den Kaiser Wilhelm II. den verschiedenen europäischen Regierungen gemacht hat, eine internationale Gesetzgebung zum Schutz der arbeitenden Klassen zu schaffen, im Vatican die lebhafte Zustimmung und die wärmste Anerkennung gefunden.

Areta nach dem Amnestie-Ferman.

Gämmliche Nachrichten, welche aus Areta einlangen, selbst diejenigen aus unparteiischer griechischer Quelle, stimmen darin überein, daß Ruhe und Ordnung auf der Insel wieder hergestellt sind. Der vielbelobigte Amnestie-Ferman wird zwar von der griechischen Bevölkerung als ungünstig bezeichnet, kann jedoch den Aretensern keinen Anlaß zu berechtigter Angst geben. Seinen unbarmhärtigen und aufständischen kretensischen Untertanen sichert darin der Sultan Amnestie und Aufrechterhaltung der ihnen früher gewährten Privilegien, von einigen unwesentlichen und nothwendigen administrativen Reformen abgesehen, auch für die Zukunft zu. Ausgenommen sind von der Amnestie nur 38 Personen, deren Namen bekannt gegeben wurden. Jede "willkürliche" Auslegung des Ferman seitens der kretensischen Lokalregierung, vor der die griechischen Zeitungen sprachen, ist damit ausgeschlossen. Dagegen bleiben Lautende von mehr oder minder compromittierten Personen effektiv stroffest und insbesondere gilt dies von den 1100 Sendarmen, welche offen zu den Empörern übergegangen sind.

Trotzdem bleibt noch immer viel Gärstoff auf der Insel, und von dem Griechenland geflüchteten kretensischen Rädelsführern wird nach Möglichkeit die Unzufriedenheit geschürt. Es ist danach wohl möglich, daß im Frühjahr der Aufstand wieder ausbricht. Ein Voreilige dafür bildet vielleicht der vor einiger Zeit erfolgte, seither jedoch bereits beendete allgemeine Streik der griechischen Richter. Um dessen Wirkung zu vervollständigen, hatten gleichzeitig die griechischen Mitglieder aller jener Behörden ihre Aemter niedergelegt, welche zur Beziehung der Richterstellen berufen sind, und welche nun durch den Austritt der Griechen beschlußfähig geworden sind. Wollte also Schakir Pascha nicht die ganze Rechtsgefäß auf der Insel mit einem Schlag bricht legen sehen, so blieb ihm nichts übrig, als aus eigener Machtvollkommenheit bis zum Zusammentritte der kretensischen National-Versammlung provisorische Richter einzusetzen.

Ein Aufstandsversuch ohne Hilfe von Außen ist jetzt der auf 18 000 Mann gebrauchten Garnison gegenüber aussichtslos. Es ist aber nicht unmöglich, daß im Frühjahr Freischaren von kretensischen Flüchtlingen und griechischen "Patrioten" einen Einfall auf der Insel versuchen werden. Zu verhindern wird eine Landung schwerlich sein, da die Küsten nicht im Vertheidigungszustand und keine türkischen Kriegsschiffe zur Stelle sind. Aber auch den durch solche Zugänge etwa verstärkten Empörern wird Schakir Pascha mit der ihm zu Gebote stehenden Macht erfolgreich die Spitze bieten können.

Die Zustände in Brasilien.

Am 16. Februar hat der Postdampfer "Eide" von Rio de Janeiro Zeitungen nach Lissabon gebracht, welche bis zum 30. Januar reihen. Die Angelegenheit, welche damals alle beschäftigte, war der Rücktritt des Ministers für die öffentlichen Arbeiten. Im kurzen Zeitraum von drei Monaten ist die brasilianische Politik so verwirkt und unverständlich geworden, wie es in den kleinen Republiken Mittelamerikas der Fall ist. Die Ursache, daß der Minister seine Demission einreichte, war, weil er das enorme Bankprojekt Dr. Run Barbosas gänzlich missbilligt. Eine solche mit einem Kapital von 400 000 000 Mark ausgestattete Bank werde tatsächlich den Bau von Eisenbahnen, Landstraßen und alle öffentlichen Unternehmungen monopolistisch. Aus den Zeitungen ersieht man, daß das Volk die militärische Herrschaft Marshall Fonsecas eher hinnimmt, als die finanzielle Tyrannie Dr. Run Barbosas, dessen Pläne auf starken Widerstand stoßen. Seine Bank wird die "Populäre Bank" genannt. Ein Decret vom 27. Januar genehmigt das Budget des Ministers des Innern, in welchem Marshall Fonseca sich selbst 100 000 Mk. und seinen Ministern 22 000 Mk. aussetzt. Ein Erlass vom 29. Januar erhöht die Gehälter der Beamten des Justizministeriums. Alle diese Freigedigkeit beweist, daß großes Vertrauen herrscht unter der Umgebung des Marshalls Fonseca in die Assistenten Dr. Run Barbosas. Zum Unglück steht die Geschäftswelt diese Ansicht nicht und die angesehensten Bankiers haben eine Versammlung abgehalten, um gegen diese Papier-Muth zu protestieren. Die Provinz Rio Grande do Sul hat gleichfalls Verwahrung gegen das Projekt eingelegt. Dort hält man das Bankenmonopol für ein Attentat auf die Freiheit der Bundesstaaten.

Wahlkrawalle.

Bei Beginn des Wahlkampfes war bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit die erste, welche einen Wahlaufruf erließ, der aber einen durchaus unpolitischen Inhalt hatte. Die Führer der Partei machten den Versuch, ihre Anhänger zu einem ordnungsmäßigen Verhalten gegenüber den übrigen Parteien zu veranlassen. Denkbarliche Wählerversammlungen sollten sie, falls dieselben ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Wähler berufen würden, befreien, aber auf jeden Versuch, durch das bekannte Verlangen von Bureaucratie die Leitung der Versammlung selbst in die Hand zu nehmen, verzichten. Versammlungen dagegen, welche nur für bestimmte Parteien bestimmt seien, sollten sie lieber garnicht besuchen. Bekanntlich sind diese Mahnungen in einer großen Zahl von Fällen wirkungslos geblieben. Selbst in Berlin, wo doch die Sozialdemokraten seit Beginn der Bewegung nicht weniger als 142 Versammlungen abgehalten haben, haben sie den Versuch nicht unterlassen, freiwillige Wählerversammlungen zu hören und die Auflösung derselben herbeizuführen. Die Vorgänge in Eignitz und Mühlhausen stehen mit den Anweisungen der Fraktion in schroffem Widerspruch. An beiden Orten, das eine Diaz in einer

von dem Hausminister v. Wedell-Plesdorf berufenen Versammlung und das andere Mal in einer Versammlung des liberalen Wahlvereins, ist es der Polizei gegenüber zu Gewaltthärtigkeiten gekommen, die beweisen, daß die sozialdemokratische Zeitung nicht im Stande ist, die von ihnen selbst gewünschte Ordnung in ihren Kreisen aufrecht zu erhalten. — Solche Vorgänge sind lediglich nicht geeignet, der sozialdemokratischen Sache zu nützen.

Die Wahlkrawalle in Mühlhausen wird in der "Mühl. Ztg." noch berichtet:

Ein Ulan erhielt einen Steinwurf an den Kopf und wurde siemlich schwer verletzt, so daß derselbe, da er bewußtlos geworden war, in Schuh gebracht werden mußte. Hierauf wurde der tumultuierende Menge bekannt gegeben, daß beim wiederholten Werken mit Steinen von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Als nach kurzer Zeit die Menge sich nicht zerstreut hatte und wiederum vereinzelt Steine geslofen kamen, wurde der Befehl zum Eingreifen des Militärs gegeben. In wilder Flucht stob nun alles auseinander. Zu ersten Zusammenstichen zwischen Militär und Civilisten kam es auf dem Lindenbühne, in der Felchstraße und hinter dem Neuen Brunnen, bei welchen, wie feststeht, 30 Personen mehr oder weniger erheblich verletzt worden sind. Wahrscheinlich ist, daß noch mehr der Excedenten verwundet sind, welche sich aber nicht gemeldet haben. Von den Ulanen haben zwei Verlegerungen davongetragen. Von den Haupt-Rädelsführern sind 6 verhaftet, wovon 4 nach der Vernehmung vorläufig entlassen sind.

Aus Eignitz wird der "Schlesischen Volkszeitung" über tumultuare Wahlvorgänge unter dem 16. Februar Folgendes berichtet:

Das liberale Wahlcomité hatte für heute Nachmittag 4 Uhr eine Wahlversammlung in den großen Saal des Rathauses zum Kronprinzen auf der Breslauerstraße einberufen. Da man aber in Erfahrung gebracht hatte, daß die hiesigen Sozialdemokraten die Wahlversammlung zu sprengen beabsichtigten, so ließ man die Bevölkerung der Versammlung nur gegen Vorzeigung von Einlaßkarten in den Saal. Die abgewiesenen Sozialdemokraten scharten sich vor dem Eingange des bezeichneten Rathauses und versuchten, gewaltsam in denselben einzudringen. Zu ihnen sammelte sich eine Menge Neugieriger, so daß der Verkehr auf der belebten Breslauerstraße durch eine wohl tausendköpfige Menschenmasse vollständig gehemmt war. Die an der Tür wachhabenden Polizeibeamten wurden von den wütenden Schreien Stundenlang gehöhnt und gereizt. Als die Wachmannschaft aber auch thäthlich angegriffen wurde, verlor sie sich durch hinzukommendes Militär und schlug nun mit den blanken Waffen in den wilden Menschenkäuel. Als sich die Massen teilten, schritten die Polizisten zu Verhaftungen. Die festgenommenen Personen wurden nach dem Polizeigefängnis auf der Spoorstraße transportiert. Unterwegs versuchte die nachstürmende Menge wiederholts, die Inhaftierten zu befreien, so daß sich auch auf der Schloß- und Spoorstraße blutige Szenen abspielten. Mehrere Männer, welche größere Verwundungen erhalten hatten, wurden in ärztliche Behandlung gebracht. Einige Ladeninhaber und Hausbesitzer in der Breslauerstraße waren gänzlich, ihre Geschäfte, Schaufenster und Thüren zu schließen, da man mit Steinen in den Laden warf. Augenzeuge, welche aus den Fenstern den Tumult beobachtet haben, bezeugen, daß die eigentlich Skandalmacher halbwüchsige, unreife Burschen gewesen sind. Auch in das Wahllokale hatten sich trotz aller Vorsicht eine Menge Sozialdemokraten eingedrängt, welche durch verschiedene Rufe die Verhandlungen zu unterbrechen suchten. Herr Stadttrath und Bankier Matthäus drohte aber sogleich den Schreien, sie sofort an die Luft sezen zu lassen, wenn noch einmal eine Unruhe verursacht werden würde. Die Versammlung konnte nunmehr einen ruhigen Fortgang nehmen. Es möchten wohl gegen 1000 Teilnehmer im Sa

beißt das genannte Blatt auf 600 000 und hofft, daß die Zahl der polnischen Stimmen sich zum ersten Male auf eine viertel Million steigen werde."

Wenn nun aber die in Deutschland zerstreut lebenden Wähler polnischer Nationalität von Posener polnischen Blättern aufgefordert worden sind, ihre Stimmen für einen polnischen Kandidaten abzugeben, um somit wenigstens das Vorhandensein von Polen in den verschiedenen Theilen des deutschen Reiches zu constatiren, so tritt hiergegen der „Aurum Pönn.“ auf, indem er schreibt:

„Jene Polen fangen an, um die Wette von eigenen Wahlkandidaten zu träumen, wodurch sie es dahin bringen werden, daß ihr ohnehin schon trauriges Los sich noch bedeutend verschärft wird, daß sie sich mit der ihnen allein noch wohlwollenden katholischen Bevölkerung verfeinden und als Resultat die Genugtuung haben werden, mit einer geringen Anzahl von Stimmen ihre politische Unreife zu dokumentieren.“

* [Die Gesamtstärke der deutschen Kriegervereine] umfasst 9952 Vereine mit 826 463 Mitgliedern. Nach dem Deutschen Kriegerbund, der 3939 Vereine mit 340 701 Mitgliedern hat, hat der Bayerische Kriegerbund die höchste Vereins- und Mitgliederzahl, nämlich 1644 Vereine mit 120 000 Mitgliedern; ihm folgen: „Badens Militärvorvereinsband“, „Kriegerkameradschaft Hassia“ u. s. w.

Erfurt, 18. Februar. Eine Versammlung unabkömmling Konserner hat beschlossen, gegen den Geh. Commerzienrat Lucius den Prinzen Schönach-Corolath aufzustellen. Lucius' Aussichten sind hoffnungsvoll.

Dortmund, 16. Februar. Der „alte Tölpel“ hat gestern Abend zu den Wählern gesprochen, die seinen durchweg matten Ausführungen lebhaftesten Beifall zugeschauten. Die ganze Schwäche der sozialistischen Lehre zeigte sich so recht in der Auseinandersetzung Tölpels, kein Socialdemokrat wisse, wie sich die Sache gestalten würde, wenn die Produktion mal im Sinne der Sozialdemokratie geregelt sein werde; man müsse die Gestaltung derjenigen Generation überlassen, welche die Einrichtung des sozialdemokratischen Staates erleben werde. (Frk. 31g.)

* In Straßburg hat Bebel eine ihm von protestantischer Seite angetragene Kandidatur angenommen. Bebel nahm die Kandidatur erst an, nachdem ihm dieselbe nochmals von eingewandter sozialistischer Seite angefragt worden war. Auch in Mexiko sind sozialistische Wahlaufrufe in deutscher Sprache verbreitet worden.

Schweiz.

Basel, 18. Februar. Nach dem vom großen Rat des Kantons Basel-Stadt angenommenen Krankenversicherungsgesetz, das noch der Volksabstimmung unterliegt, sollen alle in Basel beschäftigten Arbeiter, auch wenn sie in angrenzenden deutschen Gemeinden wohnen, unentgeltliche Verpflegung im Basler Spital und Hausbesuch durch Baseler Aerzte genießen. Der Jahresbeitrag beträgt 12 Francs, wovon die Hälfte von dem Arbeitgeber gezahlt wird. Bei einem Einkommen von weniger als 1200 Francs wird der Jahresbeitrag erlassen. (W. I.)

Frankreich.

Paris, 18. Februar. Der „Temps“ meldet aus Besançon, der General Negrier habe bei der Übernahme des Commandos des 7. Armeecorps in einer Ansprache hervorgehoben, daß ihm die Wacht an diesem Theile der Grenze anvertraut und ihm damit ernste Pflichten auferlegt worden seien; er werde sie erfüllen, denn er wisse, daß das Vaterland auf den Opfern der Mannschaften rechnen könne.

Der Polizeipräfekt teilte dem Herzog von Orleans mit, die stetig anwachsende Zahl der Personen, welche die Erlaubnis zum Besuch einholen, überschreite bereits die zulässigen Grenzen.

England.

London, 18. Februar. Die amilie „Gazette“ veröffentlicht die Ernennung des Commandanten des deutschen Kreuzergeschwaders, Viceadmiral Heinrich, zum Ehrenmitglied der Militärauthilfe des Bath-Ordens 2. Klasse. (W. I.)

London, 18. Februar. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Zanzibar vom gestrigen Tage hat der britische Consul den Sultan Sa'id Ali im Namen seiner Regierung förmlich anerkannt.

Bulgarien.

Sofia, 18. Februar. Die Nachrichten von Unruhen in der Umgebung von Ruse sind weiter von der „Agence Bulgarique“ für erfunden erklärt mit dem Bemerkern, daß die Ruhe in Bulgarien nirgends gestört sei. (W. I.)

Serbien.

Belgrad, 18. Februar. Der Handelsminister wird in der Skupstilina einen Nachfragekredit von 120 000 Francs für die moldaukegnischen Ausfleiter einbringen.

Wie die „Agence de Belgrade“ meldet, ist die Nachricht von der endgültigen Annahme der Eisenbahnausleihe durch die Skupstilina verfrüht; die definitive Erledigung dieser Angelegenheit sei jedoch in nächster Zeit mit Sicherheit zu erwarten. (W. I.)

Von der Marine.

* Die Kreuzer-Corvette „Carola“ (Commandant Corvetten-Capitän Valette) ist am 17. Februar c. in Zanzibar eingetroffen.

Am 20. Februar: Danzig, 19. Februar. M. a. b. Tage. G. A. 7.12. U. 5.17. Danzig, 19. Februar. M. a. b. 8.43. Wetterausichten für Donnerstag, 20. Februar: auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Bedeckt, wolätig mit Sonnenchein, bei etwas sinkender Temperatur. Winde möglich bis stark. Stärkste Niederschläge.

Für Freitag, 21. Februar:

Veränderliche Bewölkung mit strichweisen Niederschlägen. In den Küstengebieten starke, im Binnenlande mögliche Winde. Temperatur wenig verändert.

Für Sonnabend, 22. Februar:

Wolst bedeckt bei frischen bis starken Winden. Im Binnenlande strichweise Niederschläge. Temperatur nur wenig verändert.

An unsere Herren Correspondenten, sowie unsere Freunde und Parteigenossen in der Provinz richten wir die dringende Bitte, uns über den Ausfall der Reichstagswahl am 20. Februar mit möglichster Beschleunigung in Kenntnis zu setzen, da eine schnelle Zusammenstellung des Resultats dem Interesse und den Wünschen aller Parteien entsprechen dürfte. Die Resultate aus den größeren sowie aus den benachbarten Städten und das Gesamt-Resultat

für die einzelnen Wahlkreise erbitten wir auf telegraphischem Wege sobald sich dasselbe mit einiger Sicherheit übersehen läßt. Die entsprechenden Kosten werden wir gern vergüten.

* [Für die Wähler] werden folgende aus dem Wahlgesetz und Wahlreglement sich ergebende Fingerzeige für die Wahl am Donnerstag von Interesse sein. Der Stimmzettel wird uneröffnet in die Wahlurne gelegt. Ein Wahlvorsteher, welcher den übergebenen Zettel eröffnet, verleiht das Geheimnis der Wahl und hat außer Strafgerichtlicher Verfolgung zu gewährten, daß der ganze Wahlakt des Bezirks für ungültig erklärt wird. Der Wahlakt ist ebenso wie die Ermittlung des Wahlergebnisses öffentlich. Ein Verschleichen des Wahlzolls während der Wahl oder Ermittlung des Resultats ist unzulässig und kann die Ungültigkeit des Wahlaktes zur Folge haben. Ungültig sind Stimmzettel, welche nicht von weitem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind, welche keinen lesbaren Namen enthalten, oder auf welchen mehrere Namen stehen. Ein Zettel mit einfachem Namen (ohne Vornamen oder Wohnort) ist gültig zu erkennen, sofern er auf einen der bekannten Kandidaten lautet. Zettel, auf welchen ein gedruckter oder geschriebener Name durchstrichen und ein anderer Name darüber hingeschrieben ist, rechnen für den Namen des letzteren als gültig. Dieses Verfahren hat der Reichstag wiederholt als durchaus zulässig erklärt und die Wahlvorstände sind gesetzlich nicht berechtigt, beratige Stimmzettel zu kassieren. Ungebringt steht das Recht, Stimmzettel für ungültig zu erklären, nur dem Wahlvorstande, also dem Collegium, nicht etwa dem Wahlvorsteher allein zu. Die Majorität des Wahlvorstandes muß darüber entscheiden. Bleibt jemand aus Versetzen einen doppelten Stimmzettel ab und laufen beide auf denselben Namen, so ist nur einer ungültig, nicht beide.

* [Berichtigung.] In dem größten Theil der Ausgabe des gestern Abend und heute Morgen hier verbreiteten Flugblattes der freisinnigen Partei „An die Wähler Danzigs, insbesondere an die Arbeiter!“ ist ein falscher Druckfehler uncorrigirt geblieben. Der betreffende Satz soll lauten: „In einer der letzten Versammlungen hat der Abg. Rickert darauf hingewiesen, daß von 28½ Millionen Preußen ungefähr 1½ Millionen Frauen und Kinder eingerichtet — ein Einkommen von jährlich über 6000 Mk. hat.“ Statt eingerichtet steht in den betreffenden Exemplaren des Flugblattes „ungerechnet“.

* [Polnische Kandidatur.] Für die morgende Reichstagswahl ist nun auch in der Stadt Danzig ein polnischer Kandidat aufgestellt worden, und zwar Dr. Anton v. Wolszlegier in Jakobsdorf bei Ronit.

* [Zur Wahlstation im Danziger Landkreis] wird uns heute aus Proust geschrieben: Durch den Gemeindedienner wurde hier der conservativen Wahlaufruf nebst Stimmzetteln für den Landrat v. Gramatzki im ganzen Dorfe verbreitet.

* [Die Panzerkorvette „Boden“] ist auf ihrer Uebungsfahrt mit Maschinisten heute Mittag auf der Rude von Neufahrwasser angekommen und vor Anker gegangen.

* [Neuer Brückenbau.] An Stelle der jetzigen Motenbuden Brücke, deren Zustand ein ziemlich bedenklicher geworden ist, soll demnächst eine neue, den heutigen Verkehrsfordernungen mehr entsprechende Brücke erbaut werden. Die Kosten dieses Baues sind, wie wir vernehmen, auf circa 150 000 Mk. veranschlagt.

* [Von der Weichsel.] Der Frost der letzten Tage hat die Bildung des Grundels in der Weichsel wieder derartig vermehrt, daß bei dem jetzigen niedrigen Wasserstande eine neue Eisdecke im Entstehen begriffen ist. Vom Heringsschauge ab ist das Eis etwa eine Vierte weit auswärts bereits zum Stehen gelangt, und auch in der ungeheilten Weichsel geht das Gründel bei schwacher Strömung so dicht gedrängt, daß das Gleichenbleiben jeden Augenblick erwartet werden kann.

* [Zur Rogat-Regulirung.] An dem in voriger Nummer dieser Zeitung mitgetheilten neuen Gutachten der Akademie des Bauwesens in der Weichsel-Rogat-Regulirungs-Angelegenheit muß am meisten der Schlußpassus gerechtes Belesen erregen. Hier wird als dritte Maßregel gegen die Überschwemmungsgefahr bis zu dem Zeitpunkte, in dem die Rogat event. abzusperren sein würde, empfohlen:

„Regulirung des Hochflutprofils der Rogat durch Befestigung der Deichengen und stärksten Stromungen der Rogatdeiche...“

Dann ist es aber doch vollständig notorisch, daß bei der Rogat der Nebelstand gerade darin besteht, daß jetzt schon zur Zeit des Eisgangs zu viel Eis und Wasser aus der ungeheilten Weichsel in die Rogat hineingelangt, aber nicht hinaus kann, weil das frische Haff noch zugefroren ist und die Eisdecke des Hafses das Austreten des Stromes verhindert, dieses sich also wallartig zusammenschiebt und so auch dem Wasser den Ausstritt aus dem Flusse in das Haff sperri. Durch jede Regulirung des Hochwasserprofils, namentlich aber durch Befestigung der Deichengen und Deichkrümmungen muß aber doch unbedingt das Eindringen des Eises und Hochwassers aus der ungeheilten Weichsel in die Rogat befördert werden. Aber ein Vorschlag, wenigstens gleichzeitig auch das Austreten des Eises aus der Rogat in das Haff zu befördern, ist in dem Gutachten der Akademie des Bauwesens nicht enthalten. Die Akademie dürfte wohl über auch schwerlich in der Lage sein, etwas Wirkliches vorzuschlagen zu können, da sie doch für das rechtzeitige Aufthauen des Hafses nicht sorgen kann. Es leuchtet doch wahrlich jedem Laten ein, daß durch die vorgeschlagene Regulirung des Hochwasserprofils und der dadurch herbeigeführten Beförderung des Abflusses wohl eine stärkere Belastung der Rogat und damit eine Vergrößerung der Überschwemmungsgefahr herbeigeführt werden müsse, aber nimmermehr eine Verminderung derselben. Dieser Vorschlag wird hoffentlich doch Manchem zu denken geben.

* [Personalien beim Militär.] v. Tresckow I., Prem-Lieut. vom Gren.-Regt. König Friedrich I. (P. östpreuß. Nr. 5) zum Hauptmann und Comp.-Chef-de-Hame, Second-Lieut. von dem Regt. zum Prem-Lieut. befördert; Börrmann, Second-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 128, als Comp.-Offizier zur Unteroffizierschule in Jülich, Lübeck, Second-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 125, als Comp.-Offizier zur Unteroffizierschule in Marienwerder, v. Schmetterl, Major und elbmäßiger Stabsoffizier des Ulanen-Regts.

Graf zu Dohna, in gleicher Eigenschaft zum Thüring.-Husaren-Regt. Nr. 12 versetzt; v. Holwede, Major aggreg. dem Ulanen-Regt. Graf zu Dohna, als elbmäßiger Stabsoffizier in dieses Regt. einrangiert.

* [Abiturientenexamen.] Die Abgangsprüfungen an den hiesigen höheren Lehranstalten werden an folgenden Tagen abgehalten werden: am 28. Februar und 1. März im städtischen und am 1. März im königl. Gymnasium; am 4. März im Realgymnasium St. Johannis und am 5. März in St. Petri.

* [Müller-Verein.] Der westpr. Zweigverein des Verbandes deutscher Müller hält gestern im Junkerhof seine Jahres-Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende des Hauptvereins des Verbandes Herr von der Wengert anwesend war. Nach Erledigung einiger technischer Fragen wurde der Abschluß eines neuen Vertrages mit der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft mitgetheilt.

* [Bazar-Ertrag.] Der Bazar für das St. Marien-Krankenhaus hat eine Einnahme von ca. 7000 Mk. ergeben. Die Verlosung findet am Dienstag, den 4. März, im St. Marien-Krankenhaus statt.

[Politikerbericht vom 19. Februar.] Verhaftet: Ein Schmied wegen Sachbeschädigung, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 14 Obdachlose, 2 Beirunken, 2 Dirnen. Gestohlen: 2 schwarze, 2 gelbe Decken, 1 gelbe Delphos, 1 schwarzer Delphos, 4 Paar graubraune wollene Strümpfe, 1 Jaquet-Anzug von blauem Zuck. 1 Winter-Jaquet von graublauem Stoff, 2 Paar Kinderstiefel, 1 schwarzes Kleid mit gestreifter Taille, 2 gestreifte weiße Tüchtlöcher, gek. C. M. 3 Servietten, gek. C. M. — Gefunden: 1 Schlüssel, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Gesindebüchlein, 1 Haarnadel, 1 Manschettenknopf; abgeholt von der Polizei Direction hier.

Graudenz, 18. Februar. Während der letzten Schwurgerichtsperiode wurde der Räther Renz aus Radowitz wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurtheilt. Die von ihm gegen das Urtheil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht in Leipzig verworfen worden. (Gej.)

Dr. Glau, 17. Februar. Gestern Nachmittag erschien hier ein Sergeant vom 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Graf Dönhoff. Abzuhängende Strafe für militärische Vergehen soll der Beweggrund der traurigen That sein.

v. Thorn, 18. Februar. Herr Professor Dr. Hirsch feierte heute sein 50jähriges Bürgerjubiläum, zu welchem ihm Vertreter der städtischen Behörden Glückwünsche und die Liebertafel ein Gläschen darbrachten. — Nach brieflichen Nachrichten, welche die Olga Hewig ihren Eltern in Podgori hat zugehen lassen, wird dieselbe in den nächsten Tagen aus Warschau in ihre Heimat zurückkehren.

Bernische Nachrichten.

Hamburg, 18. Februar. Franchettis Oper „Asael“ ist gestern mit Erfolg am hiesigen Stadttheater aufgeführt worden. (W. I.)

* Aus Yokohama wird gemeldet, daß durch einen gewaltigen Ausbruch des vulkanischen Joso die Stadt Fujigama im Bezirke Bingo in Japan völlig verhüttet ward. Die Einwohner, welche durch ein donnerartiges Geräusch gewarnt worden waren, flüchteten; nur wenige Personen sind umgekommen. Der Schaden wird auf 3½ Millionen Dollars geschätzt.

Schiffs-Nachrichten.

Aiel, 17. Februar. Der Dampfer „Diana“, welcher die regelmäßige Fahrt zwischen Gothenburg und Aiel vermittelte, ist in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Folge dichten Schneegestörs bei Grenaa gestrandet. Nach der vorliegenden telegraphischen Privatmeldung dürfte das Schiff wrack sein.

C. London, 17. Februar. Die Fischerschmiede „Gladiot“ von Grimsby stieß mit der Fischerschmiede „Secret“ am Samstag zusammen und ging sofort nach der Collision unter. 4 Seeleute des „Gladiot“ ertranken, nur der Führer wurde gerettet.

Zuschriften an die Redaktion.

Als ich in der am 19. d. M. hier abgehaltenen deutschen Wählerversammlung den Antrag stellte, Herrn Major a. D. Köhrig aufzufordern, in öffentlicher Wählerversammlung sein politisches Programm zu entwickeln, wurde ich deshalb wegen von allen Seiten aufs energischste angegriffen. Unter anderem hielten alle Redner hervor, daß es sich hier nur darum handele, möglichst viele deutsche Stimmen zusammen zu bringen; welcher Partei der Kandidat angehöre, sei nebenständlich.

Nach diesen schönen Reden mußte ich annehmen, daß sich die Herren vom namenlosen „Deutschen Wahl-Comité“ garnicht weiter über die Aufführung eines liberalen Kandidaten äußerten, vielmehr sich freuen würden, weil dadurch jedensfalls eine noch stärkere Wahlbeteiligung von Seiten der Deutschen erzielt werden würde. Tatsächlich aber haben die Herren nur einseitig conservative Interessen im Auge gehabt und es war für uns Liberale die höchste Zeit, gesondert vorzugehen.

Trotz privater und öffentlicher Aufforderung haben die Herren vom namenlosen „Deutschen Wahl-Comité“ in ihrem Wahlaufruf den Passus, daß Herr Köhrig der alleinige Kandidat aller deutschen Wähler sei, nicht gestrichen. Die Herren haben damit wissenschaftlich und abendländlich eine unrichtige Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse in unserem Wahlkreise gegeben. Ob dies der Loyalität und der Achtung, die man dem politischen Gegner schuldet ist, entspricht, überlässe ich dem Urtheil der Wähler.

Herr Landrat Gumprecht von hier hat ferner durch eigenhändige Randbemerkung den Verleger der hiesigen „Kreiszeitung“, wie mit letzterer selber gesagt hat, veranlaßt einen Wahlaufruf zu Gunsten Rieckerts aus dem Interesse zu kreischen. — Ebenso schrieb mir der Verleger des „Dithmarscher Kreisblatts“, daß er den Wahlaufruf für Herrn Rieckert nicht aufnehmen könne, weil derselbe den Intentionen eines „Kreisblatts“ nicht entspräche.

Ich richte öffentlich an Herrn Landrat Gumprecht die Frage, wie er ein derartiges Verfahren gegen eine andere deutschgefürchte Partei mit seiner schönen Rede und den Reden seiner Parteigenossen am 10. d. M. in Einklang bringen kann? Die Herren waren allerdings an jenem Abend jedenfalls durch meinen Antrag so bestürzt resp. in ihrem patriotischen Gefühl so angegriffen, daß es ihnen nicht einmal einfiel, ein Hoch auf unsern Kaiser auszubringen.

Nach diesen Vorfällen kann niemand im Wahlkreise mehr über die Ziele des namenlosen „Deutschen Wahl-Comités“ im Unklaren sein. Jeder liberale Mann hat darum die Pflicht, am Wahltag zu wählen und zu wirken für die Wahl unseres Kandidaten,

des Landtagsabgeordneten Heinrich Rieckert aus Danzig.

Neustadt, 18. Februar.

Dr. med. Magnus Hirschberg, prakt. Arzt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Newark, 18. Februar. Wechsel auf London 4.83. Rohöl 0.88, der Febr. 0.84½, per Mai 0.85, per Mai 0.85½. — Metall 2.51. — Mais 0.35½.

— Frisch 5½. — Zucker 5½.

Berlin, 19. Februar.
Gra. v. 18

Stadt jeder besonderen Meldung.
Die Verlobung unserer Tochter Rosa mit dem prächt. Kärt Herrn Philipps Rast beeindruckt uns sehr anzugreifen. (8759)
Dr. Stargard, im Februar 1890.

J. Goldfarb und Frau.

Heute früh 6½ Uhr entließ sie sich in Elbing unter heimliche Liebster 10-jähriger Sohn

Grich

nach zweiwöchigem Leiden an Schleim und Diarrhoe.

Verwandten, Freunden und Bekannten die Angelegenheit des betroffenen Eltern. (8767)

M. Uppenau und Frau.

Al. Schlanz, den 18. Febr. 1890.

Die Ausstellung findet statt in Elbing, Sonnabend, d. 22. d. M.

von der Leichenhalle des Diakonissenhauses nach dem Marien-

Kirche. Mittags 11½ Uhr.

Vergebung der Nutzung

des staatlichen Bernstein-

regals im kurischen Haff.

Die Nutzung des staatlichen Bern-

steinregals im kurischen Haff bei

Schwartzort mittels schwimmender

Förder- (Bagger-) Maschinen für

die Zeit vom 1. Dezember 1890

bis zum 30. November 1901 soll

im Wege der öffentlichen Ausbie-

tung an einen Unternehmer gegen

ein Mietgebot überlassen werden.

Nutzungszeitraum: Montag, den

21. April 1890, Vormittags 10

Uhr, im Zimmer 186 des hiesigen

Königlichen Regierungsbüros

(Königlicher Flügel, 2. Treppen).

Die einzelnen Gebote sind in

Höhe von Jahresbeiträgen, der

Nutzungsentlastung, zu deren

Zahlung sich der Bieter verpflichtet

wollen, abzugeben.

Das geringste Gebot muss

200000 M für das Jahr betragen.

Die von jedem Bieter zu bestellende

Ration ist der dritten Theil

seines Gebotes. Zum Bieter werden

die nur Unternehmer zugelassen,

welche bis zum 5. April 1890

unter dem mit der Abhaltung des

Bielungstermines beauftragten

Commission, Regierungs - Rath

hier selbst, den Nachweis

über den eigenhümlichen Besitz

eines verfügbaren Vermögens

von einer Million Mark führen.

Ablieferungen der in Form eines

Vertragsentwurfs aufgestellten

Bedingungen für die Überlassung

der vorgedachten Bernstein-

gewinnung und der Belastungsregeln

werden von uns gegen vorherige

Zinsszahlung von 3 M 30 S an

untere Rantel - Klasse portofrei

innerhalb des deutschen Reiches

geliefert. Auch liegen die Be-

dingungen zur Einsichtnahme in

unserer Domänen-Registratur, bei

der Königlichen Haufenbau - In-

spection in Stettin und bei dem

fiskalischen Bagger - Revision

Wolle in Schwartzort, auf der

Kurischen Nehrung aus. (7670)

Königsberg in Pr., 30. Jan. 1890.

Königliche Regierung.

Abteilung für direkte Steuern,

Domänen und Forsten.

Ich bin zum Notar

ernannt.

Doppel, im Februar 1890.

Narrocki,

Rechtsanwalt und Notar.

Als Nachfolger des Gerichts-

vollzieher Gasse bin ich von

Christburg nach Danzig ver-

setzt worden; mein Bureau

befindet sich Töpfergasse 28 II.

Wodtke, (8803)

Gerichtsvollzieher in Danzig.

Bekanntmachung.

Im Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Andreas Hamm (in Firma A. Hamm, vorm. A. v. Hesse) zu Schibit steht die Schlußvertheilung bevor. Der Bestand beträgt M 16880,33 abgütig der noch feststehenden Gerichts- und Verwaltungskosten; zu berücksichtigen sind M 2610,72 ohne Vorrecht.

Danzig, 17. Februar 1890

Der Konkursverwalter

Eduard Grimm.

Donnerstag Vorm. 10 Uhr

werden circa 100 größere

u. kleinere Weinfässer billigst

verkauft (8750)

Hopfengasse 84.

Original - Lose und antheil-

Weiterverkauf der Schloßfreiheits-

Lotterie zu verschiedenen Preisen,

Lotterie der Deutschen Krieger-

Haufenhaus-Lotterie à M. 1.

Marienhaus-Geb. Lotterie,

Gewinnspiel M 90.000. Lotte-

re, 2 M. bei (8758)

Th. Berling, Serbergasse 2.

Buchführungsunterricht

gebogen, schnell und billig,

wie Bearbeitungen von

Geschäftsbüchern

wie allgemein bekannt

discret und sorgfältig

durch (8762)

Gustav Illmann,

Milchmengasse 32, IV.

Meyers Conversations-

Lexikon

vollständig in 16 Bänden, soeben

beendet 4. neuerte Auflage. 16

elegante Halbfarb-Bände statt

M. 60 für M. 130. (8776)

Vorlesung bei A. Trost,

Große Nutz- und Brennholz-Auction

Kneipab No. 37.

Mittwoch, den 26. Februar 1890, Vormittags präzise

10 Uhr, werde ich am angeführten Orte, auf dem Holzfelde des

Herrn Otto Reichenberg im Auftrage

eine große Partie Bauholz aller Art, be-

stehend in sichtenen Böhlen, Kreuzhölzern,

Balkenschaalen, Mauerlatten in verschied.

Dimensionen, sowie eine sehr große Partie

Brennholz in kleineren sowie größeren Posten

an den Meistbietenden gegen faire Zahlung öffentlich verkaufen.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereid. Gerichts-Taxator und Auctionator.

Bureau: Danzig, Breitgasse Nr. 4.

8779

Gemäß § 20 der Statuten erlaube ich mir die Herren Actionäre
zu der am Mittwoch, den 12. März d. J.,
in dem Bureau des Justizrats Herrn Dr. Wagners hier selbst, Frauen-
straße Nr. 34, stattfindenden diesjährigen
ordentlichen General-Versammlung
ergebnis einuladen.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbereich.

2. Feststellung der zu vertheilenden Dividende.

3. Erteilung der Decharge.

4. Beschlussfassung über die Höhe der Versicherungssumme.

Siettin, den 19. Februar 1890.

„Lina“ Dampfschiff-Gesellschaft.

Dr. Gribel.

Der Vorsitzende des Aussichtsraths:

Louis Boldt. (8774)

Einen Blumenflor

in außerordentlicher Fülle. Mannigfaltigkeit und Schönheit bietet gegenwärtig mein reizvoll ausgestatteter Wintergarten, zu dessen Besichtigung und Auswahl ergeben einladet.

Neben verschiedenen Sorten Orchideen in Blüthe, mache besonders auf den Beginn des neuen Rosenflops aufmerksam.

Auf dem Gebiete der Blumenbinderei, wie Pflanzendekoration

größte Leistungsfähigkeit.

Verstand unter garantirt sicherer Verpackung nach allen Entferungen.

Preise, in Rücksicht über großer Vorräthe, äußerst billig. (7480)

Die Gärtnerei von A. Bauer,
Langgarten 38.

Den besten

Thee

Schutzmarke.



liefer das Thee-Importhaus
R. Seelig & Hille, Dresden.

Besonders empfehlenswerte Sorten:
Prima Souchong B. pr. Fd. M. 3.20 — M. 4.
Souchong O. pr. Fd. M. 3.20 — M. 4.50
Bilithen-Pecco L. pr. Fd. M. 3.20 — M. 6.
Direct gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung
des Betrages (event. in Briefmarken) zu bezahlen.
Selbst die kleinsten Quantitäten werden versandt,
um jedem Gelegenheit zu geben, die Thees zu erproben.
Dieselben sind auch in den meiste Delicatessen-, Colonial- und
Drogherien geschildert, namentlich bei den hier unten verzeichneten Firmen
stehen vorrätig. — Man achte auf unsere hier oben abgedruckte
Schutzmarke.

* Die vielfach von anderer Seite angekündigte Thees zu niedrigeren
Preisen sind ihrer zu geringen Qualität wegen nicht zu empfehlen.

Depots in Danzig bei A. Fast und Willy Kratz.

Baner. Bierkäse, russisch. Steppenkäse, hochfeinen echten Hamburger,

Fromage de Brie, ss. Romadour, Golmer, Aronenkäse, Neufchateller, Gervaiskäse, Camembert etc.

empfiehlt in soeben eingetroffener Maare bei selten schöner Qualität

Carl Studt,

heilige Geistgasse Nr. 47, Ecke der Augustgasse. (8404)

Feinsten

Pumpernickel

seits frische tägl. Sendung pro

M. 40 S empfiehlt (8806)

Carl Röhn, orst. Graben 45. Ecke Melchers.

Feinsten Roquesort, Gervais und

Neufschateller Käse, echt Emmenthaler,

Schweizer- u. deutschen</p